



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Das Französische Gelbbuch von 1914
[neunzehnhundertvierzehn]**

Wegerer, Alfred von

Berlin, 1927

III. Abschnitt Die österreichische Note und die serbische Antwort (von
Freitag, 24. Juli, bis Sonnabend, 25. Juli).

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

III. Abschnitt

Die österreichische Note und die serbische Antwort

Vom Freitag, 24. Juli, bis Sonnabend, 25. Juli

Nr. 22

*Herr René Viviani, Ministerpräsident,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Ich wäre Ihnen für dringende Übermittlung folgender Informationen
und Instruktionen an Herrn Dumaine dankbar.

Reval, den 24. Juli 1914, morgens 1 Uhr

Im Verlauf meiner Unterredungen mit dem russischen Minister des Äußern haben wir die Gefahren ins Auge gefaßt, die aus einer möglichen Demarche Österreich-Ungarns bei Serbien wegen des Attentates, dessen Opfer der Erzherzog-Thronfolger geworden ist, hervorgehen könnten. Wir waren einig in dem Gedanken, daß nichts unterlassen werden dürfe, um einem Verlangen nach Aufklärungen oder irgendwelcher dringender Aufforderung zuvorzukommen, das einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkäme und als ein Angriff auf seine Souveränität und seine Unabhängigkeit betrachtet werden könnte.

Infolgedessen fanden wir es richtig, dem Grafen Berchtold in einer freundschaftlichen Unterredung Mäßigung anraten zu lassen, die ihm zu verstehen gab, wie unangebracht eine Intervention in Belgrad wäre, in der eine Drohung der Wiener Regierung erblickt werden könnte.

Der englische Botschafter, von Herrn Sasonow auf dem Laufenden gehalten, gab dem Gedanken Ausdruck, daß seine Regierung sich ohne Zweifel einem Vorgehen anschließen würde, das darauf hinzielte, eine Gefahr abzuwenden, die den allgemeinen Frieden bedrohen könne. Er hat in diesem Sinne an seine Regierung telegraphiert.

Herr Sasonow hat entsprechende Instruktionen an Herrn Schebeko gesandt*. Ohne daß es sich hier um ein gemeinsames oder geschlossenes Vorgehen der Vertreter des Dreiverbandes in Wien handelt, bitte ich Sie,

* S. Das Russische Orangebuch von 1914, a. a. O. Nr. 4.

mit dem russischen und englischen Botschafter die Frage zu besprechen und sich mit ihnen über das beste Mittel für jeden von Ihnen zu verständigen, um dem Grafen Berchtold unverzüglich die Mäßigungsratschläge zu unterbreiten, die die gegenwärtige Lage nach unserem Dafürhalten notwendig erscheinen läßt.

Ich füge hinzu, daß es angezeigt wäre, Herrn Paul Cambon zu bitten, bei Sir E. Grey auf die Nützlichkeit dieses Schrittes hinzuweisen und die Anregung zu unterstützen, die der englische Botschafter in Rußland an das Foreign Office dieserhalb übersandt haben dürfte. Graf Benckendorff ist beauftragt, eine ähnliche Empfehlung zu machen*.

René Viviani

Nr. 23

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten, an Bord der
„France“*

Paris, den 24. Juli 1914

Ich habe Ihre Weisungen unverzüglich nach Wien übermittelt; aber es geht aus den Berichten der Presse von heute morgen hervor, daß die österreichische Note gestern abend um 6 Uhr in Belgrad übergeben worden ist.

Diese Note, deren amtlichen Wortlaut uns der österreichisch-ungarische Botschafter noch nicht übermittelt hat, scheint sehr scharf zu sein; sie soll nicht nur die gerichtliche Verfolgung der Serben verlangen, die unmittelbar in das Attentat von Sarajevo verwickelt sind, sondern sie soll auch die unverzügliche Unterdrückung jeder anti-österreichischen Propaganda in der serbischen Presse und Armee fordern. Sie soll Serbien bis Samstag abend um 6 Uhr Frist zur Annahme geben.

Bei der Übermittlung Ihrer Weisungen an Herrn Dumaine habe ich ihn gebeten, sich mit seinem englischen und seinem russischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen.

Bienvenu-Martin

* Nach Mitteilungen Poincarés (Poincaré: Les Origines de la Guerre, Librairie Plon, Paris 1921, S. 213) hat Viviani am Vormittag des 24. Juli, nachdem ihm von Paléologue ein Résumé der österreichischen Note übermittelt worden war, sofort Telegramme an Paléologue und Paul Cambon (London) gesandt, in denen er zum Ausdruck brachte, „daß er der Ansicht sei, 1. daß Serbien sofort jede mit seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit vereinbare Genugtuung anbieten müsse, 2. daß es um eine Verlängerung der Frist von 48 Stunden, in der Österreich eine Antwort forderte, bitten müsse, 3. daß England, Rußland und Frankreich sich verständigen müßten, um diese Bitte zu unterstützen, 4. daß die Tripleentente versuchen müsse, ob es nicht möglich wäre, im Bedarfsfalle die österreichisch-serbische gerichtliche Untersuchung durch eine internationale gerichtliche Untersuchung zu ersetzen.“

Im Gelbbuch fehlen sowohl das Telegramm Paléologues an Viviani, wie auch die Depeschen Vivianis an Paléologue und Paul Cambon.

Wortlaut der österreichischen Note

(Note wurde Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern, durch den österreichisch-ungarischen Botschafter, Graf Szécsen, am Freitag, den 24. Juli 1914, um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags mitgeteilt)

Wien, den 24. Juli 1914

Die kaiserliche und königliche Regierung hat sich genötigt gesehen, Donnerstag, den 23. Juli d. J. durch den kaiserlichen und königlichen Gesandten in Belgrad die folgende Note an die königliche Regierung von Serbien zu richten:

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschlüssen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrags treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldet das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldet eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldet schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die Königlich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment andauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 13./26. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königlich Serbische Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königlich Serbische Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.“

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlich Serbischen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;

2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana“ vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königlich Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen;

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren;

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlich Regierung bekanntzugeben, sich die k. und k. Regierung vorbehält;

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

Von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen,

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,

8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern,

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und streng zu bestrafen,

9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,

10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d. Mts., um 6 Uhr nachmittags*.

Ein Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz zu ersuchen, den Inhalt dieser Note zur Kenntnis der Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, bringen zu wollen und folgenden Kommentar beizufügen:

Am 31. März 1909 richtete die Königlich Serbische Regierung an Österreich-Ungarn die Erklärung, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist.

Schon am nächsten Tage begann Serbien eine Politik, die den Zweck hatte, den Angehörigen serbischer Abstammung in der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen einzuflößen und dadurch die Abtrennung der an Serbien angrenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete vorzubereiten.

Serbien wurde der Herd einer verbrecherischen Agitation:

Es dauerte nicht lange, so bildeten sich Vereine und Verbindungen, die offen oder heimlich dazu bestimmt waren, Unruhen auf österreichisch-ungarischem Gebiet hervorzurufen. Diese Vereine und Verbindungen zählen zu ihren Mitgliedern Generäle, Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, kurz, die Spitzen der offiziellen und nichtoffiziellen Kreise des Königreichs.

Die serbische Presse steht fast gänzlich im Dienste dieser gegen Österreich-Ungarn gerichteten Propaganda, und es vergeht kein Tag, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Haß und der Verachtung der Nachbarmonarchie oder zu Attentaten gegen ihre Sicherheit und Integrität mehr oder weniger offen aufhetzen.

Eine große Zahl Agenten dient dazu, durch alle möglichen Mittel die Umtriebe gegen Österreich-Ungarn zu unterstützen und in den angrenzenden Provinzen die Jugend dieser Länder zu verderben.

Der Verschwörergeist der serbischen Politiker, von dem die Annalen des Königreichs blutige Spuren aufweisen, hat seit der letzten Balkankrise eine Steigerung erfahren; Leute, die bisher den in Mazedonien tätigen

* Der österreichisch-ungarische Botschafter teilte im Verlaufe des 24. Juni dem Minister des Äußern durch ein besonderes Schreiben folgende Berichtigung mit: „In der Abschrift der Depesche, die ich die Ehre hatte, Ew. Exzellenz heute morgen zu überreichen, war gesagt, meine Regierung erwarte die Antwort des Kabinetts von Belgrad spätestens bis Samstag den 25. d. M. um fünf Uhr abends. Da unser Gesandter in Belgrad seine Note gestern erst um sechs Uhr abends überreicht hat, so erfährt deshalb die Frist für die Antwort eine Verlängerung bis morgen Sonnabend um sechs Uhr abends.“

Ich hielt es für meine Pflicht, Ew. Exzellenz von dieser kleinen Abänderung in dem Ablauf der für die Antwort der serbischen Regierung bestimmten Frist Kenntnis zu geben.“ (Anmerkung des französischen Gelbbuches von 1914.)

Banden angehörten, haben sich der gegen Österreich-Ungarn gerichteten terroristischen Propaganda zur Verfügung gestellt.

Gegenüber diesen Umtrieben, denen Österreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, hielt es die serbische Regierung nicht für nötig, die geringsten Maßregeln zu ergreifen. Sie hat auf diese Weise ihre Pflicht verletzt, die ihr die feierliche Erklärung vom 31. März 1909 auferlegte, und sich so dem Willen Europas und den Verpflichtungen, die sie Österreich-Ungarn gegenüber übernommen hatte, widersetzt.

Die Langmut der k. und k. Regierung angesichts der herausfordernden Haltung Serbiens war begründet durch das territoriale Desinteressement der österreichisch-ungarischen Monarchie, und durch die Hoffnung, daß die serbische Regierung trotz allem schließlich doch die Freundschaft Österreich-Ungarns nach ihrem wahren Werte schätzen lernen würde. Die k. und k. Regierung hoffte, dadurch, daß sie sich den politischen Interessen Serbiens gegenüber freundschaftlich verhielt, daß das Königreich sich endlich seinerseits zu einer gleichen Haltung entschließen würde. Österreich-Ungarn erwartete besonders einen solchen Umschwung in den politischen Gesinnungen Serbiens, als nach den Ereignissen von 1912 die k. und k. Regierung durch ihre uneigennützig und ruhige Haltung eine so bedeutende Vergrößerung Serbiens ermöglichte.

Dies von Österreich-Ungarn dem Nachbarstaate gegenüber beobachtete Wohlwollen übte jedoch keinen Einfluß auf die Handlungsweise des Königreiches aus. Letzteres fuhr fort auf seinem Gebiete eine Propaganda zu dulden, deren unheilvolle Folgen sich der ganzen Welt am 28. Juni d. J. offenbarten, als der Thronfolger und seine hohe Gemahlin dem in Belgrad geschmiedeten Komplote zum Opfer fielen.

Angesichts dieser Tatsachen sah sich die k. und k. Regierung gezwungen, neue und dringliche Schritte in Belgrad zu unternehmen, um die serbische Regierung zu veranlassen, der aufwieglerischen Bewegung, die die Sicherheit und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie bedrohte, Einhalt zu gebieten.

Die k. und k. Regierung ist überzeugt, daß dieser Schritt die volle Zustimmung aller zivilisierten Nationen finden wird, die nicht zugeben können, daß der Königsmord eine Waffe wird, deren man sich ungestraft im politischen Kampfe bedienen kann, und daß der europäische Frieden beständig durch von Belgrad ausgehende Umtriebe gestört wird.

Zum Beweise obiger Ausführungen hält die k. und k. Regierung Aktenmaterial zur Einsicht der französischen Regierung bereit, das die serbischen Machenschaften und die Beziehungen zwischen diesen Machenschaften und dem Mord vom 28. Juni darlegt.

Eine gleichlautende Mitteilung wird allen Vertretern der k. und k. Regierung bei den anderen Vertragsmächten übermittelt.

Sie werden hiermit ermächtigt eine Abschrift dieser Depesche dem Minister des Äußern einzuhändigen.

BEILAGE

Die bei dem Gericht in Sarajevo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes bzw. wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajevo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinović, einem gewissen Milan Ciganović und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkosić ausgeheckt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganović und dem Major Voja Tankkosić verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentates zu sichern, unterwies Milan Ciganović den Princip, den Gabrinović und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Gabrinović und Grabez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganović organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popovic) und Loznica sowie von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Nr. 25

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten,
an Bord der „France“, und nach London, Berlin, Wien,
St. Petersburg, Rom und Belgrad*

Paris, den 24. Juli 1914

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die in Belgrad am Donnerstag abend übergebene österreichische Note mir heute morgen durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Abschrift übergeben worden ist. Graf Szécsen hat mich davon in Kenntnis gesetzt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Antwort der serbischen Regierung bis Sonnabend, den 25., um 5 Uhr abends, erwartet*.

* Vgl. die Anmerkung S. 47. (Anmerkung des französischen Gelbbuchs von 1914.)

Die Note stützt sich auf die von Serbien am 31. März 1909 übernommene Verpflichtung, die Annexion von Bosnien-Herzegowina anzuerkennen, und wirft der serbischen Regierung vor, eine anti-österreichische Propaganda geduldet zu haben, an der sich die Beamten, die Armee und die Presse beteiligten, eine Propaganda, die die Sicherheit und Integrität Österreichs bedrohe und deren Gefahren das am 28. Juni begangene Verbrechen, das nach den Feststellungen der Untersuchung in Belgrad angestiftet worden sei, erwiesen habe.

Die österreichische Regierung hält sich für verpflichtet, einer Propaganda, die eine fortgesetzte Gefahr für ihre Ruhe darstelle, ein Ende zu machen und von der serbischen Regierung eine amtliche Erklärung zu fordern, daß sie gewillt sei, jene Propaganda zu verurteilen und zu unterdrücken, und zwar durch die Veröffentlichung einer Kundgebung im Amtsblatt vom 26., deren Wortlaut vorgeschrieben wird und die den Ausdruck der Mißbilligung, des Bedauerns und die Androhung schwerer Bestrafung enthält. Ein Tagesbefehl des Königs soll in gleicher Weise diese Erklärung zur Kenntnis des Heeres bringen. Außerdem soll sich die serbische Regierung verpflichten, die Schriften zu unterdrücken, die Vereine aufzulösen, die Offiziere und Beamten abzurufen, deren Namen ihr von der österreichischen Regierung übermittle würden und ferner die Mitwirkung von österreichischen Beamten zu gestatten, sowohl bei der Unterdrückung der genannten subversiven Umtriebe, wie auch bei der Untersuchung über das Attentat von Sarajevo, endlich soll sie zur sofortigen Verhaftung eines serbischen Offiziers und eines Beamten schreiten, die durch das Verbrechen bloßgestellt sind.

Dem österreichischen Memorandum ist eine Note beigelegt, die die Feststellungen der Untersuchung über das Verbrechen von Sarajevo zusammenfaßt und behauptet, daß es in Belgrad angestiftet worden sei, daß die Bomben aus einem serbischen Waffenlager stammen und von dort den Attentätern geliefert worden seien, endlich, daß die Mörder von serbischen Offizieren und Beamten eingeübt und unterstützt worden seien.

Sofort nach dieser Mitteilung stattete Graf Szécsen dem stellvertretenden politischen Direktor einen Besuch ab und teilte ihm, ohne irgendwelche begleitende Erklärung, die Überreichung der Note mit. Herr Berthelot konnte, meinen Weisungen entsprechend, den österreichisch-ungarischen Botschafter bloß auf den beunruhigenden Eindruck aufmerksam machen, den die im Verlauf des Vormittags bekannt gewordenen Nachrichten über den Inhalt der österreichischen Note erweckt hatten, und auf das peinliche Gefühl hinweisen, das ohne Zweifel in der öffentlichen Meinung Frankreichs durch die Wahl des Augenblicks hervorgerufen werden würde, der für eine so imperative und so kurzfristige Demarche gewählt worden sei; nämlich der Augenblick, in dem der Präsident der Republik und der Ministerpräsident, der auch Minister des Äußern sei, Petersburg verlassen hätten und sich auf hoher See befänden und infolgedessen außerstande seien, im Einverständnis mit den nicht unmittelbar

beteiligten Mächten die zwischen Serbien und Österreich im Interesse des allgemeinen Friedens so wünschenswerte beruhigende Aktion durchzuführen.

Der serbische Gesandte hat noch keine Angaben über die Absichten seiner Regierung.

Der deutsche Botschafter hat um einen Empfang heute nachmittag um 5 Uhr nachgesucht.

Bienvenu-Martin

Nr. 26

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,
an Herrn Thiébaud, französischen Gesandten in Stockholm
(für den Ministerpräsidenten), und nach Belgrad, Wien,
London, Berlin, Rom und Petersburg*

Paris, den 24. Juli 1914

Herr Vesnitch hatte bis heute morgen noch kein Telegramm von seiner Regierung erhalten, das ihn über ihre Absichten aufgeklärt hätte, und kannte den Inhalt der österreichischen Note nicht.

Auf die Bitte um Rat, die er an die politische Abteilung richtete, teilte ihm Herr Berthelot als ganz persönliche Meinung mit, Serbien solle Zeit zu gewinnen suchen, da die Frist von 48 Stunden vielleicht mehr eine „dringende Aufforderung“ als ein eigentliches Ultimatum darstelle. Man könnte z. B. sofort Genugtuung in allen den Punkten anbieten, die mit der Würde und Souveränität Serbiens nicht unvereinbar seien. Es wurde ihm geraten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Feststellungen der österreichischen Untersuchung in Sarajevo einseitig seien, und daß Serbien sehr wohl bereit sei, gegen die Mitschuldigen an einem Verbrechen, das es aufs höchste mißbillige, streng einzuschreiten, und verlange, mit dem Beweismaterial bekanntgemacht zu werden, um es rasch prüfen zu können. Vor allem aber sollte es danach trachten, dem direkten Eingriffe Österreichs sich zu entziehen, indem es sich bereit erkläre, sich dem Schiedsgerichte Europas zu unterwerfen.

Ich habe in London und Petersburg nach den Auffassungen und Absichten der englischen und der russischen Regierung gefragt. Andererseits geht aus unseren Informationen hervor, daß Italien erst heute die österreichische Note mitgeteilt erhielt, über die es weder im voraus gefragt worden war, noch überhaupt Nachricht erhalten hatte.

Bienvenu-Martin

Nr. 27

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), Belgrad,
London, St. Petersburg, Berlin und Rom*

Paris, den 24. Juli 1914

Der französische Botschafter in Wien teilt mir mit*, daß die öffentliche Meinung durch die Plötzlichkeit und Übertriebenheit der österreichischen Forderungen überrascht worden ist, daß aber die Militärpartei vornehmlich zu befürchten scheint, Serbien möchte nachgeben.

Der serbische Gesandte in Österreich ist der Meinung, daß seine Regierung sich sehr versöhnlich zeigen werde in den Punkten, die sich auf die Bestrafung der Mitschuldigen am Attentat und die für die Unterdrückung der antiösterreichischen Propaganda zu gebenden Garantien beziehen. Sie könne aber nicht annehmen, daß dem König ein Tagesbefehl an die Armee vorgeschrieben werde, ebensowenig, als sie die Verabschiedung von Offizieren, die Österreich verdächtig erscheinen, sowie das Eingreifen fremder Beamter in Serbien dulden könne. Herr Jovanović ist der Meinung, daß, wenn es möglich sei, eine Erörterung herbeizuführen, der Konflikt mit Hilfe der Mächte noch beigelegt werden könne.

Unser Botschafter in Berlin berichtet von der durch die österreichische Note hervorgerufenen Aufregung und von der Stimmung des russischen Geschäftsträgers, der glaubt, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland den Krieg wünsche. Der Ton der Presse ist drohend und scheint die Einschüchterung Rußlands zu bezwecken. Unser Botschafter soll heute abend Herrn von Jagow aufsuchen.

Herr Barrère teilt mit*, daß Italien in Wien im mäßigeren Sinne einwirkt und Verwicklungen zu verhindern sucht.

Bienvenu-Martin

Nr. 28

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), und nach
Belgrad, London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom*

Paris, den 24. Juli 1914

Herr von Schoen kam, um mir eine Note seiner Regierung mitzuteilen, von der er mir keine Abschrift überlassen wollte, die er mir aber auf meinen Wunsch zweimal vorlas**.

* Die hier erwähnten Telegramme der französischen Botschafter in Wien und Rom sind im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten.

** Siehe den genauen Wortlaut der Note in Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch a. a. O., Nr. 100.

Diese Note lautet annähernd wörtlich wie folgt:

„Die Veröffentlichungen der österreichisch-ungarischen Zeitungen über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen das Ziel, das sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung desselben bedient. Nach den bekanntgegebenen Tatsachen kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und auf ihre Vereinigung mit dem serbischen Königreiche abzielen, in Belgrad zu suchen ist, und daß es dort zum mindesten mit der Konnivenz von der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet hat.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. Der großserbische Chauvinismus trat in besonders krasser Form während der bosnischen Krisis in Erscheinung. Nur der weitgehenden Mäßigung und Selbstbeherrschung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zu verdanken, wenn die Provokationen, denen Österreich-Ungarn damals von seiten Serbiens ausgesetzt war, keinen Konflikt herbeiführten. Das Versprechen, eine vorwurfsfreie Haltung einzunehmen, das die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es ist unzweifelhaft, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, angesichts der Agitation, die jenseits der Grenze erfolgt und die die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht, noch länger tatenlos zu bleiben. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich sogar zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen lassen wird. Es würde der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.“

Der deutsche Botschafter hat meine Aufmerksamkeit besonders auf die beiden letzten Paragraphen seiner Note hingewiesen, indem er vor ihrer Verlesung ausdrücklich bemerkte, daß darin der Hauptpunkt liege.

Ich habe den Text wörtlich notiert wie folgt: „Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Frage eine Angelegenheit betrifft, die ausschließlich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu ordnen ist, und daß die Großmächte das ernstlichste Interesse daran haben, sie auf die beiden beteiligten Parteien zu beschränken.

Die deutsche Regierung wünscht dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge des natürlichen Gegenspieles der Bündnisse unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde.“

Ich habe dem deutschen Botschafter hierauf erwidert, so gerecht es auch erscheine, die Bestrafung aller am Attentat von Sarajevo Mitschuldigen zu verlangen, so schwierig erscheine es umgekehrt, von Serbien Maßnahmen zu fordern, die mit seiner Würde und Unabhängigkeit unvereinbar seien. Selbst wenn die serbische Regierung sich solchen Forderungen unterwerfen wollte, würde sie Gefahr laufen, durch eine Revolution beseitigt zu werden.

Ebenso habe ich Herrn von Schoen darauf aufmerksam gemacht, daß seine Note nur zwei Möglichkeiten ins Auge fasse: Die einer glatten Ablehnung oder die einer herausfordernden Haltung Serbiens. Eine dritte Möglichkeit (welche die Türe zu einer Verständigung offen ließe) sollte auf jeden Fall ins Auge gefaßt werden: diejenige einer Annahme Serbiens, das einwilligen würde, sich unverzüglich für die Bestrafung der Mitschuldigen und für die Unterdrückung der antiösterreichischen Propaganda mit aller Bestimmtheit zu verbürgen, welche Zugeständnisse mit seiner Unabhängigkeit und seiner Würde vereinbar wären.

Ich habe beigefügt, daß, wenn innerhalb dieser Beschränkung die von Österreich verlangte Genugtuung zulässig wäre, die näheren Bestimmungen ihrer Anwendung geprüft werden könnten. Wenn Serbien offenkundige Beweise eines guten Willens gäbe, so würde man es nicht begreifen, daß sich Österreich dann noch weigerte, sich zu Verhandlungen herbeizulassen.

Vielleicht sollte es dritten Mächten, die aus moralischen und Gefühlsgründen ihr Interesse für Serbien nicht fallen lassen könnten, nicht allzu schwer gemacht werden, eine Haltung einzunehmen, die dem von Deutschland geäußerten Wunsche nach Lokalisierung des Konflikts entsprechen würde.

Herr von Schoen hat den Wert dieser Erwägungen anerkannt und die unbestimmte Erklärung gegeben, die Hoffnung bleibe immer möglich. Wie ich ihn fragte, ob der österreichischen Note der Charakter einer bloßen Mahnung, die eine Verhandlung erlaube, beizumessen sei oder der eines Ultimatums, antwortete er, daß er darüber keine eigene Ansicht habe.

Bienvenu-Martin

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 24. Juli 1914

Die Übergabe der österreichischen Note an Serbien hat eine tiefe Erregung hervorgerufen.

Der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von ihren Forderungen nichts ablassen könne. In der Wilhelmstraße und in den Zeitungen führt man die gleiche Sprache.

Die meisten in Berlin anwesenden Geschäftsträger haben mich heute morgen aufgesucht. Sie zeigen wenig Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang. Der russische Geschäftsträger bemerkte mit Bitterkeit, daß Österreich seine Note gerade in dem Augenblick überreicht habe, in dem der Präsident der Republik und der Ministerpräsident Petersburg verlassen hätten. Er neigt zu der Annahme, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland den Krieg wünscht und diese Gelegenheit ergreifen möchte, bei der sich Österreich ohne Zweifel einiger als in der Vergangenheit zeigen wird, und bei der der deutsche Kaiser, aus monarchischem Solidaritätsgefühl und aus Abscheu vor dem Attentat, weniger geneigt sein wird, sich versöhnlich zu zeigen.

Herr von Jagow wird mich am Spätnachmittag empfangen.

Jules Cambon

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 24. Juli 1914

In der Zusammenkunft, die ich heute mit dem Staatssekretär hatte, fragte ich ihn, ob es richtig sei, daß, wie die Zeitungen meldeten, Österreich den Mächten eine Note über seinen Zwist mit Serbien zugestellt habe, ob er diese erhalten habe und welchen Wert er ihr beimesse.

Herr von Jagow antwortete bejahend und fügte bei, daß die Note energisch gehalten sei und daß er sie billige, da die serbische Regierung seit langer Zeit die österreichische Geduld mißbraucht habe. Er betrachtet übrigens diese Frage als eine innere Angelegenheit Österreichs und hofft, daß sie örtlich beschränkt bleiben werde.

Ich sagte ihm daraufhin, ich wolle, da ich noch keine Weisungen erhalten habe, nur ganz persönliche Ansichten mit ihm austauschen. Ich fragte ihn dann, ob wirklich die Berliner Regierung ganz und gar keine Kenntnis von den österreichischen Forderungen gehabt habe, bevor sie

in Belgrad mitgeteilt worden seien. Da er mir dies bestätigte, gab ich ihm meine Überraschung darüber zu erkennen, daß er sich so darauf einlasse, Ansprüche zu unterstützen, deren Grenze und Tragweite er nicht kenne.

„Nur da wir miteinander persönliche Ansichten austauschen,“ sagte, mich unterbrechend, Herr von Jagow zu mir, „lasse ich mir das von Ihnen sagen.“

„Gewiß,“ antwortete ich, „aber wenn Peter I. sich demütigt, wird Serbien wahrscheinlich innern Wirren ausgesetzt sein, was neuen Möglichkeiten die Türe öffnen wird, und wissen Sie, wohin Sie dann von Wien werden geführt werden?“ Ich fügte bei, daß die Sprache der deutschen Zeitungen nicht die Sprache von gleichgültigen und der Sache fernstehenden Leuten sei, sondern eine tätige Unterstützung ankündige. Schließlich bemerkte ich, daß die Kürze der Frist, die Serbien gewährt sei, um sich zu unterwerfen, in Europa einen unangenehmen Eindruck hervorrufen werde.

Herr von Jagow antwortete mir, daß er auf „ein wenig Aufregung“ von Serbiens Freunden wohl gefaßt sei, daß er aber hoffe, sie würden diesem gute Ratschläge erteilen.

Ich sagte darauf: „Ich zweifle nicht, daß Rußland bei dem Belgrader Kabinett Anstrengungen machen wird, um es zu annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen; aber warum sollte man nicht von dem einen verlangen, was man von dem anderen verlangt? Und wenn man darauf rechnet, daß in Belgrad Ratschläge erteilt werden, ist es dann nicht berechtigt, darauf zu rechnen, daß von einer anderen Seite auch in Wien Ratschläge erteilt werden?“

Der Staatssekretär ließ sich so weit gehen, zu sagen, dies hänge von den Umständen ab; aber, sich sofort verbessernd, wiederholte er, die Angelegenheit müsse örtlich beschränkt bleiben. Er fragte mich, ob ich wirklich die Lage als ernst ansehe. „Gewiß,“ antwortete ich ihm, „denn, wenn das, was sich zuträgt, überlegt worden ist, begreife ich nicht, daß man die Brücken hinter sich abgebrochen hat.“

Alles weist darauf hin, daß Deutschland sich anschickt, in besonders nachdrücklicher Weise die Haltung Österreichs zu unterstützen. Die Schwäche, die der österreichisch-ungarische Verbündete seit einigen Jahren zeigte, verminderte das Vertrauen, das man hier in ihn setzte. Man fand, es sei schwer, ihn mitzuschleppen. Die schlimmen Prozesse, wie die Angelegenheit von Agram und die Angelegenheit Friedjung machten seine Polizei verhaßt und gleichzeitig lächerlich. Man verlangte von ihm nur, er solle stark sein, aber man ist zufrieden, daß er brutal ist.

Ein heute abend im „Lokal-Anzeiger“ erscheinener Artikel läßt auch in der deutschen Reichskanzlei auf eine Auffassung schließen, der wir in Paris ganz natürlicherweise nicht genügend Rechnung zu tragen geneigt sind, ich meine das Gefühl der monarchischen Solidarität. Ich bin über-

zeugt, daß diese Auffassung stark in Betracht gezogen werden muß, um die Haltung Kaiser Wilhelms zu beurteilen, auf dessen eindrucksfähige Natur das Attentat auf einen Fürsten, der ihn einige Tage vorher empfangen hatte, sehr stark wirken mußte.

Es ist nicht weniger auffallend, zu sehen, mit welcher Geflissentlichkeit Herr von Jagow und alle ihm nachgeordneten Beamten aller Welt zu sagen bestrebt sind, sie hätten die Tragweite der Serbien überreichten österreichischen Note nicht gekannt.

Jules Cambon

Nr. 31

*!Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern**

Petersburg, den 24. Juli 1914

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat Herrn Sasonow von einer Drohnote an Serbien Mitteilung gemacht.

Die Absichten des Kaisers von Rußland und seiner Minister sind die friedlichsten, wie sich der Präsident der Republik und der Ministerpräsident unmittelbar haben überzeugen können; aber das Ultimatum, das die österreichisch-ungarische Regierung soeben der Belgrader Regierung überreicht hat, bringt ein neues und beunruhigendes Element in die Lage hinein.

Die öffentliche Meinung in Rußland würde nicht dulden, daß Österreich Serbien Gewalt antäte. Die Kürze der für die Beantwortung des Ultimatus festgesetzten Frist erschwert noch die mäßigende Einwirkung, die die Mächte des Dreiverbandes in Wien ausüben könnten.

Andererseits vermutet Herr Sasonow, daß Deutschland seinen Verbündeten wird unterstützen wollen, und ich befürchte, daß dieser Eindruck richtig ist. Einzig das feste Zusammenstehen des Dreiverbandes kann die germanischen Mächte daran hindern, ihre herausfordernde Haltung noch bestimmter zu betonen.

Paléologue

* Dies ist das einzige Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg vom 24. Juli, das im Gelbbuch veröffentlicht worden ist. Ohne Zweifel hat aber Paléologue über die Besprechung eingehend berichtet, die er am Vormittag des 24. Juli auf der französischen Botschaft mit Sasonow, dem englischen Botschafter und dem rumänischen Gesandten hatte. Über die Haltung des französischen Botschafters berichtet am 24. Juli der englische Botschafter: „Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen würde, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte, wenn die Notwendigkeit eintrete, und außerdem Rußland bei allen etwaigen diplomatischen Verhandlungen stark unterstützen würde“ ... „Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint mir, daß Frankreich und Rußland, selbst wenn wir ablehnen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen.“ (Englisches Blaubuch Nr. 6.)

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 24. Juli 1914

Als mir Sir Ed. Grey von seinem Wunsche gesprochen hat, nichts zu unterlassen, um die Krisis abzuwenden, waren wir einig in dem Gedanken, die englische Regierung könnte die deutsche Regierung bitten, den Anstoß zu einem Schritte zu geben, um in Wien die Vermittlung der vier nicht direkt beteiligten Mächte zwischen Österreich und Serbien anzubieten. Wenn sich Deutschland dazu versteht, wird man Zeit gewinnen, und das ist das Wichtigste.

Sir Ed. Grey sagte mir, er werde dem Fürsten Lichnowsky den Plan, den ich mit ihm soeben besprochen habe, unterbreiten. Ich machte meinem russischen Kollegen davon Mitteilung, der von Deutschland eine Überraschung befürchtet und vermutet, Österreich würde ohne vorausgegangene Verständigung mit Berlin sein Ultimatum nicht abgeschickt haben.

Graf Benckendorff sagte mir, Fürst Lichnowsky habe ihm bei der Rückkehr aus seinem Urlaube vor ungefähr einem Monate pessimistische Ansichten über die Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin geäußert. Er habe die Beunruhigung hervorgehoben, die durch die Gerüchte von einem Flottenabkommen zwischen Rußland und England, durch den Besuch des Zaren in Bukarest und durch die Verstärkung der russischen Armee in Berlin entstanden war. Graf Benckendorff hatte daraus geschlossen, daß man in Deutschland einen Krieg mit Rußland gerne sehen würde.

Dem Unterstaatssekretär ist, wie uns allen, das sorgenvolle Aussehen des Fürsten Lichnowsky seit seiner Rückkehr aus Berlin aufgefallen. Er ist der Ansicht, daß Deutschland, wenn es gewollt hätte, die Überreichung des Ultimatus hätte verhindern können.

Die Lage ist also sehr ernst, und wir sehen keinerlei Mittel, dem Laufe der Ereignisse Einhalt zu tun.

Doch glaubt Graf Benckendorff, es wäre gut, den Schritt zu versuchen, über den ich mich mit Sir Ed. Grey verständigt habe.

Paul Cambon

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 24. Juli 1914

Der serbische Gesandte hat diese Nacht von Herrn Pasitsch ein Telegramm erhalten, wonach die österreichisch-ungarische Regierung ihm ihr Ultimatum zugeschickt habe, dessen Frist morgen, das heißt Sonnabend, um 6 Uhr abends, ablaufe. Herr Pasitsch teilt den Wortlaut der

österreichischen Note nicht mit, aber wenn sie so gehalten ist, wie die „Times“ von heute sie wiedergibt, so erscheint es unmöglich, daß die serbische Regierung sie annehmen könne.

Mein russischer Kollege, der es für seine Regierung für äußerst schwierig hält, Serbien nicht zu unterstützen, und ich haben uns gefragt, welche Vermittlung den Konflikt aufhalten könnte.

Ich habe mir vorgenommen, Sir Ed. Grey, der mich auf heute nachmittag zu sich berufen hat, nahezulegen, die halbamtliche Vermittlung der deutschen Regierung in Wien zu erbitten, um einen plötzlichen Angriff zu verhindern.

Paul Cambon

Nr. 34

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), Belgrad,
St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom*

Paris, den 24. Juli 1914

Als der österreichische Botschafter die Note seiner Regierung Sir Ed. Grey mitgeteilt hatte, wies dieser darauf hin, daß niemals eine so furchtbare Erklärung von einer Regierung an eine andere gerichtet worden sei; er lenkte die Aufmerksamkeit des Grafen Mensdorff auf die Verantwortung, die Österreich auf sich geladen habe.

Da Sir Ed. Grey die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Österreich und Rußland ins Auge faßt, beabsichtigt er, die Mitwirkung der deutschen Regierung bei einer Vermittlung durch die vier in der serbischen Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Mächte: England, Frankreich, Italien und Deutschland zu erbitten; diese Vermittlung würde gleichzeitig in Wien und in Petersburg einsetzen.

Ich habe dem serbischen Gesandten zur Vorsicht geraten und bin bereit, mich jedem vermittelnden Schritte in Wien anzuschließen, in der Hoffnung, daß Österreich seine Forderungen gegenüber einem kleinen Staate nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten werde, wenn dieser sich geneigt zeigt, jegliche Genugtuung zu erteilen, die mit seiner Unabhängigkeit und Souveränität vereinbar sind.

Bienvenu-Martin

Nr. 35

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 25. Juli 1914

Der belgische Gesandte zeigt sich über die Ereignisse sehr besorgt. Er ist der Meinung, Österreich und Deutschland haben das Zusammentreffen der Umstände ausnützen wollen, nach denen ihnen Rußland und

England' augenblicklich von innern Wirren bedroht erscheinen und in Frankreich das Militärsystem angegriffen wird. Auch glaubt der Gesandte nicht an die Unkenntnis, die die Berliner Regierung hinsichtlich des österreichischen Schrittes vorgibt.

Er meint, wenn auch dessen Form der Berliner Regierung nicht unterbreitet worden sei, so sei doch mit dieser der Augenblick in geschickter Weise gewählt worden, um den Dreiverband in einer Zeit der Zerrüttung zu überraschen.

Er hat den italienischen Botschafter gesprochen, der soeben seinen Urlaub unterbrochen hat, um auf seinen Posten zurückzukehren. Es scheint, daß Italien, um nicht mehr zu sagen, überrascht ist, daß seine beiden Verbündeten es von der ganzen Angelegenheit ferngehalten haben.

Jules Cambon

Nr. 36

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten) und nach
London, Berlin, Petersburg und Wien*

Paris, den 25. Juli 1914

Der deutsche Botschafter ist heute mittag gekommen, um gegen einen Artikel des „Echo de Paris“ Einspruch zu erheben, der seinen gestrigen Schritt als „deutsche Drohung“ hinstellte. Herr von Schoen hat einer Anzahl Zeitungsberichterstatern gesagt und die Aussage auf der politischen Abteilung bestätigt, daß hinsichtlich der österreichischen Note zwischen Österreich und Deutschland keine „Verabredung“ bestanden habe, und daß die deutsche Regierung diese nicht kannte, obschon sie sie nachträglich gebilligt habe, als sie ihr zu gleicher Zeit wie den anderen Mächten mitgeteilt wurde.

Freiherr von Schoen fügte bei, es liege ebensowenig eine „Drohung“ vor: die deutsche Regierung habe sich damit begnügt, bekanntzugeben, daß sie die örtliche Beschränkung des Konfliktes als wünschenswert erachte, und daß das Dazwischentreten anderer Mächte ihn schwieriger gestalten könnte.

Der stellvertretende politische Direktor hat den Schritt des Freiherrn von Schoen zur Kenntnis genommen. Auf sein Ersuchen, den genauen Wortlaut der letzten zwei Abschnitte seiner Note zu wiederholen, machte ihn der Botschafter darauf aufmerksam, daß der Inhalt Deutschlands Willen bekunde, sich zwischen die Mächte und Österreich zu stellen. Herr Berthelot fügte bei, daß übrigens keinem Zeitungsberichterstatte irgendwelche vertrauliche Mitteilung gemacht worden und für die Nachricht des „Echo de Paris“ dieses Blatt allein verantwortlich sei. Diese Meldung zeige nur, daß das deutsche Vorgehen, wie es scheine, auch anderswo als

am Quai d'Orsay und ohne Zusammenhang mit diesem bekannt geworden sei. Der deutsche Botschafter ging auf diese Anspielung nicht ein.

Andererseits ist der österreichische Botschafter in London ebenfalls zu Sir Ed. Grey gegangen, um ihn zu beruhigen, indem er sagte, die österreichische Note stelle nicht ein „Ultimatum“, sondern „ein befristetes Ersuchen um Antwort“ dar, was bedeute, daß der österreichische Gesandte, wenn die österreichischen Forderungen nicht am heutigen Abend um 6 Uhr angenommen seien, Belgrad verlassen und die österreichisch-ungarische Regierung militärische „Vorbereitungen“ treffen, nicht aber militärische „Operationen“ beginnen werde.

Das Londoner Kabinett hat, wie das von Paris und Petersburg, in Belgrad den Rat erteilen lassen, man solle das Bedauern aussprechen für die Akte von Mitschuld, die an dem Attentate von Sarajevo erwiesen werden könnten, und diesbezüglich die weitgehendste Genugtuung versprechen. Es hat beigefügt, daß es im übrigen Serbien zukomme, seine Antwort so abzufassen, wie das Wohl des Landes es ihm geraten erscheinen lasse. Der englische Gesandte in Belgrad soll mit seinem französischen und seinem russischen Kollegen Rücksprache nehmen, und wenn diese die gleichen Weisungen erhalten haben, der serbischen Regierung anraten, in allen den Punkten Genugtuung zu erteilen, in denen sie es tun zu können glaube.

Sir Ed. Grey sagte dem Fürsten Lichnowsky (der ihm bis jetzt keinerlei Mitteilung ähnlich der von Herrn von Schoen in Paris abgegebenen gemacht hat), daß sich die englische Regierung, wenn die österreichische Note zwischen Österreich und Rußland keine Schwierigkeiten herbeiführe, damit nicht zu befassen haben werde, aber es sei zu befürchten, daß der schroffe Ton der Note und die Kürze der angesetzten Frist eine Spannung herbeiführen würden. Unter diesen Umständen bestünde die einzige Aussicht, den Konflikt zu vermeiden, in einer Vermittlung durch Frankreich, Deutschland, Italien und England, da nur Deutschland eine Einwirkung in diesem Sinne auf die Wiener Regierung ausüben könne.

Der deutsche Botschafter antwortete, er werde diese Anregung nach Berlin weiterleiten, aber er ließ dem russischen Botschafter, der mit ihm verwandt ist, durchblicken, daß sich Deutschland zu keinem Schritt in Wien hergeben werde.

Bienvenu-Martin

Nr. 37

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

London, den 25. Juli 1914

Der deutsche Botschafter hat im Foreign Office erklärt, daß seine Regierung es ablehnen werde, sich in den Konflikt zwischen Österreich und Serbien einzumischen.

Sir Ed. Grey antwortete, daß England, ohne Deutschlands Mitwirkung in Wien, in Petersburg nicht vorgehen könne. Wenn jedoch beide, Österreich und Rußland, mobilisieren sollten, so wäre dies dann der Anlaß zu einer Intervention der vier anderen Mächte. Würde dann die deutsche Regierung ihre passive Haltung aufrecht erhalten und sich weigern, sich England, Frankreich und Italien anzuschließen?

Fürst Lichnowsky nimmt das nicht an, weil es sich dann nicht mehr um Schwierigkeiten zwischen Wien und Belgrad, sondern um einen Konflikt zwischen Wien und Petersburg handeln würde.

Sir Ed. Grey fügte noch die Bemerkung bei, daß, wenn der Krieg ausbrechen sollte, keine Macht in Europa ihm teilnahmslos gegenüberstehen könnte.
de Fleuriau

Nr. 38

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Petersburg, den 25. Juli 1914

Die russische Regierung wird sich bemühen, von der österreichisch-ungarischen Regierung eine Verlängerung der durch das Ultimatum festgesetzten Frist zu erlangen, damit die Mächte sich eine Meinung bilden können über das gerichtliche Aktenmaterial, dessen Mitteilung ihnen angeboten ist.

Herr Sasonow hat den deutschen Botschafter gebeten, seine Regierung auf die Gefährlichkeit der Lage aufmerksam zu machen.

Paléologue

Nr. 39

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,
an Herrn Dumaine, französischer Botschafter in Wien*

Paris, den 25. Juli 1914

Die russische Regierung hat ihrem Vertreter in Wien Weisung gegeben, die österreichische Regierung um eine Verlängerung der Serbien gestellten Frist zu ersuchen, um es den Mächten zu ermöglichen, sich eine Meinung über das Aktenmaterial zu bilden, dessen Mitteilung ihnen Österreich angeboten hat und Folgen zu vermeiden, die für alle bedauerlich wären.

Eine von Österreich diesem Verlangen entgegengesetzte Weigerung würde den Schritt, den es mit der Mitteilung seiner Note an die Mächte unternommen hat, jeder Bedeutung berauben und es mit der internationalen Moral in Widerspruch setzen.

Die russische Regierung hat gebeten, Sie möchten unverzüglich beim Grafen Berchtold einen entsprechenden Schritt unternehmen. Ich bitte Sie, das Ersuchen Ihres Kollegen zu unterstützen. Dasselbe Ersuchen hat die russische Regierung nach London, Rom, Berlin und Bukarest gerichtet.

Bienvenu-Martin

Nr. 40

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 25. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat heute morgen von den Vorschriften Kenntnis erhalten, die den russischen Botschafter in Wien anweisen, eine Verlängerung der Frist zu verlangen, die Serbien durch die österreichische Note von vorgestern gesetzt worden war. Herr Sasonow ersuchte, daß das russische Vorgehen durch den englischen Botschafter unterstützt werden möge.

Sir Ed. Grey hat Herrn von Bunsen telegraphiert, sich in gleichem Sinne wie sein russischer Kollege auszusprechen und an die österreichische Mitteilung zu erinnern, die ihm gestern abend spät von Graf Mensdorff gemacht worden ist, wonach die Nichtannahme der Bedingungen des Ultimatums durch Serbien von heute ab nur den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, nicht aber sofortige militärische Operationen nach sich ziehen würde.

Sir Ed. Grey schloß daraus, daß den Mächten Zeit gelassen werde, um einzugreifen und Mittel zu suchen, die Lösung der Krise zu ermöglichen.

de Fleuriau

Nr. 41

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 25. Juli 1914

Heute morgen hat der britische Geschäftsträger nach den Weisungen seiner Regierung Herrn von Jagow gefragt, ob Deutschland sich England, Frankreich und Italien anschließen würde, um zur Verhinderung eines Konfliktes zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln und vor allem in Wien eine Verlängerung der Serbien durch das Ultimatum gesetzten Frist zu verlangen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts antwortete, er habe bereits heute morgen, gleich nach Empfang des Telegramms des Fürsten Lichnowsky über die Absichten Sir Ed. Greys, an den deutschen Botschafter

in Wien telegraphiert, damit er beim Grafen Berchtold diese Verlängerung nachsuche. Leider ist Graf Berchtold in Ischl. Übrigens glaubt Herr von Jagow nicht, daß dieses Gesuch angenommen werde.

Der britische Geschäftsträger hat sich ebenfalls, wie ich es gestern getan hatte, bei Herrn von Jagow erkundigt, ob Deutschland keine Kenntnis von der österreichischen Note gehabt habe, bevor sie abgeschickt worden sei. Er hat eine so unzweideutig verneinende Antwort erhalten, daß er nicht weiter bei dem Thema bleiben konnte. Er konnte aber nicht umhin, seine Verwunderung über die Blankovollmacht auszusprechen, die Deutschland Österreich gegeben habe.

Auf die Antwort des Herrn von Jagow, die Angelegenheit sei für Österreich eine innere Angelegenheit, bemerkte der britische Geschäftsträger, daß sie eine im höchsten Grade internationale geworden sei.

Jules Cambon

Nr. 42

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat Weisung erhalten, die deutsche Regierung zu ersuchen, sie solle bei der Wiener Regierung auf eine Verlängerung der Frist des Ultimatums dringen.

Da Herr von Jagow ihm erst auf den Spätnachmittag eine Zusammenkunft gewährte, d. h. in dem Augenblick, wo das Ultimatum gerade abgelaufen sein wird, hat Herr Bronewski dem Staatssekretär eine dringende schriftliche Note geschickt, in der er betont, daß die Verspätung der Mitteilung an die Mächte durch Österreich die Wirkung dieser Mitteilung illusorisch mache, da sie ihnen nicht Zeit lasse, vor dem Ablauf der bestimmten Frist Kenntnis von den angeführten Tatsachen zu nehmen. Er beharrt sehr lebhaft auf der Notwendigkeit, sie zu verlängern, wenn man nicht die Absicht habe, eine große Krise zu schaffen.

Jules Cambon

Nr. 43

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat beim Staatssekretär den Schritt ausgeführt, der ihm hinsichtlich einer Verlängerung der Frist des Ulti-

matums vorgeschrieben war. Herr von Jagow hat ihm geantwortet, er habe schon eine derartige Anzeige nach Wien übermittelt, glaube aber, alle diese Schritte seien zu spät.

Herr Bronewski sagte nachdrücklich, wenn die Frist nicht verlängert werden könnte, so könnten wenigstens die Ausführungsmaßnahmen verschoben werden, um den Mächten zu gestatten, sich dafür zu verwenden, einen Konflikt zu vermeiden. Er fügte bei, daß die österreichische Note in Ausdrücken abgefaßt sei, die darauf berechnet wären, Serbien zu verletzen und zum Kriege zu zwingen.

Herr von Jagow antwortete ihm, es handle sich nicht um einen Krieg, sondern um eine „Strafvollziehung“ in einer lokalen Angelegenheit.

Der Geschäftsträger sprach in seiner Entgegnung das Bedauern darüber aus, daß die deutsche Regierung ihre Verantwortlichkeit nicht ermessen für den Fall, daß Feindseligkeiten entstünden, die sich auf das übrige Europa ausdehnen könnten. Darauf antwortete Herr von Jagow, er lehne es ab, an solche Folgen zu glauben.

Dem russischen Geschäftsträger ist wie mir das Gerücht zu Ohren gekommen, Österreich werde trotz seiner Erklärung, keine Gebietsaneignung beabsichtigen, Teile von Serbien so lange besetzen, bis es vollständige Genugtuung erlangt habe. „Man weiß ja,“ sagte er mir, „was dieses Wort Genugtuung bedeutet!“ Die Eindrücke des Herrn Bronewski über Deutschlands Hintergedanken sind sehr pessimistisch.

Jules Cambon

Nr. 44

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 25. Juli 1914

Der russische Botschafter hat auf der Consulta die Demarche gemacht, mit der Herr Sasonow Rußlands Vertreter in Paris, Berlin, Rom und Bukarest beauftragt hatte und die dahin zielte, diese verschiedenen Regierungen zu veranlassen, ihre Anstrengungen mit denjenigen Rußlands in Wien zu vereinigen, um eine Verlängerung der Serbien gesetzten Frist zu erreichen.

In Abwesenheit des Marchese di San Giuliano haben die Herren Salandra und de Martino geantwortet, sie würden sich mit dem Minister des Äußern in Verbindung setzen, seine Antwort könne ihnen aber erst gegen 6 Uhr zukommen, d. h. zu spät für eine etwaige Demarche in Wien.

Barrère

Nr. 45

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat von seiner Regierung die Weisung, um eine Verlängerung der Frist für das Ultimatum an Serbien zu ersuchen, gerade in dem Augenblick erhalten, als Graf Berchtold nach Ischl abreiste, um dort, nach den Meldungen der Zeitungen, bis zur Beendigung der Krise in der Nähe des Kaisers zu bleiben.

Fürst Koudacheff hat ihn trotzdem von dem Schritte, mit dem er beauftragt war, durch zwei offene Telegramme — ein Bahntelegramm und ein Telegramm nach dem Bestimmungsorte — unterrichtet. Er erwartet hiervon keine Wirkung.

Baron Macchio, Generalsekretär des Ministeriums des Äußern, dem der Fürst den Inhalt seiner Weisungen und seines telegraphischen Schrittes mitteilte, bezeugte eine eisige Kälte, als dieser ihm auseinandersetzte, es widerstreite der internationalen Höflichkeit, wenn man Beschwerden samt Beweisstücken zur Prüfung vorlege, ohne die Zeit zum Aktenstudium zu lassen; Baron Macchio hat erwidert, zuweilen entbinde das Interesse von der Pflicht der Höflichkeit.

Die österreichische Regierung ist entschlossen, Serbien eine Demütigung zuzufügen: Sie wird keine Vermittlung irgendeiner Macht annehmen, ehe nicht der Schlag ausgeführt ist und ihn Serbien mitten ins Gesicht erhalten hat.

Dumaine

Nr. 46

*Herr Boppe, französischer Gesandter in Belgrad,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Belgrad, den 25. Juli 1914

Herr Pasitsch hat mir soeben von der Antwort Kenntnis gegeben, die heute abend dem österreichischen Gesandten überreicht werden wird.

Die serbische Regierung willigt ein, morgen im Amtsblatt die von ihr verlangte Erklärung zu veröffentlichen; sie wird sie durch Tagesbefehl auch dem Heere mitteilen; sie wird die Landesverteidigungsvereine und alle anderen Gesellschaften auflösen, die der Agitation gegen Österreich-Ungarn verdächtig sind; sie verpflichtet sich, das Preßgesetz zu ändern, aus dem Heeresdienste, dem öffentlichen Unterrichte und den übrigen Verwaltungen alle Beamten zu entlassen, deren Beteiligung an der Propaganda bewiesen wurde; sie bitte nur um Mitteilung der Namen dieser Beamten.

Was die Mitwirkung von österreichischen Beamten bei der Untersuchung anbetrifft, so verlangt sie Aufschluß, wie sich diese gestalten würde; sie könne nur eine solche annehmen, die dem Völkerrechte oder den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

Sie nimmt alle anderen Forderungen des Ultimatums an und erklärt, daß, wenn die österreichisch-ungarische Regierung damit nicht zufrieden gestellt sei, sie sich dem Entscheide des Haager Schiedsgerichts oder dem der Großmächte, die an der Ausarbeitung der Erklärung vom 31. März 1909 mitgewirkt haben, unterwerfen wolle.

Boppe

Nr. 47

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Berlin, den 25. Juli 1914

Während des ganzen Nachmittags erhielt sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Serbien sich den Forderungen Österreichs unterwerfe. Heute abend veröffentlichen die Zeitungen Extrablätter, die den Bruch mit Belgrad und die Abreise des österreichisch-ungarischen Gesandten melden.

Dieses Gerücht ist soeben dem Vertreter der Havas-Agentur in der Wilhelmstraße bestätigt worden. Beträchtliche Gruppen von mehreren Hunderten von Personen sammeln sich hier vor den Zeitungsbüros, und soeben ist ein starker Demonstrationenzug von jungen Leuten unter Hurra-rufen auf Deutschland und unter Absingung vaterländischer Lieder über den Pariser Platz gezogen; er begibt sich nach der Siegessäule, zur österreichischen, dann zur italienischen Botschaft. Es ist ein bezeichnender Ausbruch des Chauvinismus.

Eine deutsche Persönlichkeit, die ich heute abend sah, hat mir gestanden, daß man hier befürchtet habe, Serbien könnte die österreichische Note en bloc annehmen, und sich lediglich vorbehalten, die Art ihrer Ausführung zu erörtern, um Zeit zu gewinnen und es den Anstrengungen der Mächte zu ermöglichen, sich vor dem Bruch nützlich zu erweisen.

In Finanzkreisen ergreift man bereits Maßregeln, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein; denn man sieht dort bei der entschiedenen Unterstützung Österreichs durch Deutschland kein Mittel, die Krisis abzuwenden.

Meines Erachtens könnte in ganz Europa nur England sich in Berlin Gehör verschaffen.

Was auch komme, Paris, Petersburg und London werden den Frieden in würdiger Weise nur dann aufrecht erhalten können, wenn sie sich fest und vollständig einig zeigen.

Jules Cambon

Nr. 48

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 25. Juli 1914

Man übermittelt mir Ihr Telegramm gerade zu der Stunde, in der die Serbien gewährte Frist abläuft. Andererseits habe ich Ihnen soeben mitgeteilt, unter welchen Umständen der russische Geschäftsträger seinen Schritt hat ausführen müssen. Es scheint unnütz, ihn zu unterstützen, wo es nicht mehr Zeit dazu ist.

Im Verlaufe des Nachmittags hatte sich das Gerücht verbreitet, Serbien habe sich dem Ultimatum gefügt, immerhin mit dem Zusatze, daß es deswegen die Mächte anrufe. Man versichert aber im letzten Augenblick, der österreichische Gesandte habe soeben Belgrad eilig verlassen; er hätte die Zustimmung der serbischen Regierung zu den von seiner Regierung gestellten Bedingungen für ungenügend erachtet.

Dumaine

Nr. 49

*Antwort der serbischen Regierung
auf die österreichisch-ungarische Note*

(Mitgeteilt von Herrn Vesnitch, dem serbischen Gesandten, am 27. Juli)

Belgrad, den 25. Juli 1914

Die Königlich serbische Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10./23. ds. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, welches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seiner Zeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18./31. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, daß die k. und k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsicht-

lich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Die Königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblatts vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen: „Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung, die jeden Gedanken und jeden Versuch einer Einmischung in das Schicksal der Bewohner irgendeines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und ablehnt, hält es für ihre Pflicht, den Offizieren, den Beamten und der ganzen Bevölkerung offiziell davon Kenntnis zu geben, daß sie in Zukunft mit der äußersten Strenge gegen die Personen vorgehen

werde, die sich solcher Umtriebe schuldig machen würden, daß sie alle Anstrengungen machen werde, diesen Umtrieben vorzubeugen und sie zu unterdrücken.“

Diese Erklärung wird durch einen Tagesbefehl im Namen Seiner Majestät des Königs durch S. k. H. den Kronprinzen Alexander der königlichen Armee zur Kenntnis gebracht und im nächsten offiziellen Armeebulletin veröffentlicht werden.

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter:

1. Anlässlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anlässlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana“ sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuschneiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und die Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede

Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voijs Tankosič verfügt. Was aber den Milan Ciganovič anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahn-Direktion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der üblichen Form bekanntzugeben.

8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen wegen Unterdrückung des Schmuggels von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gerne bereit, Aufklärung über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Auslande nach dem Attentate in Interviews gemacht haben, und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

10. Die Königliche Regierung wird, insofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer, bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben*.

* Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. 26. Band, II, Nr. 9497.